

LUZERN

**KANTON
LUZERN**
Justiz- und Sicherheitsdepartement

**Stop dhunës!
Stop Violence!
Stop à la violence!
Stop Violenza!
Não à violência!
Stop nasilju!
¡Basta de Violencia!
வன்முறையை நிறுத்து!
Siddete Dur!**

STOPP GEWALT!

**Wegweisung und Betretungsverbot nach § 89ter ff. Strafprozessordnung –
Zivilrechtliche Schutzmassnahmen**

Luzerner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt



Das Wichtigste in Kürze:

Deutsch	
Zusammenfassung Seite	10
Albanisch	
Faqja përmbledhëse	11
Englisch	
Summary page	11
Französisch	
Page de résumé	12
Italienisch	
Riepilogo pagina	13
Portugiesisch	
Resumo da folha	14
Serbokroatisch	
Rezime stranice	14
Spanisch	
Resumen página	15
Tamilisch	
செய்தி	16
Türkisch	
Sayfanın özeti	17

Dank

Für die fachliche Unterstützung danken wir dem Projekt GewaltLos St. Gallen

Impressum

© 2004

LîP Luzerner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt

Justiz- und Sicherheitsdepartement des Kantons Luzern

In Zusammenarbeit mit dem Runden Tisch LîP und der Bildungsstelle Häusliche Gewalt

Gestaltung

Luzia Buchmann, Luzern

Auflage

10 000

Häusliche Gewalt

Wegweisung und Betretungsverbot nach § 89ter ff. Strafprozessordnung – Zivilrechtliche Schutzmassnahmen

Am 1. Juli 2004 tritt im Kanton Luzern die revidierte Strafprozessordnung in Kraft. Diese hat die Verbesserung des Schutzes vor Gewalt im persönlichen Umfeld (Familie, Partnerschaft, Lebensgemeinschaft) zum Ziel. Den Bestimmungen liegt eine neue Haltung gegenüber Gewalt im sozialen Nahraum zu Grunde: Gewalt im häuslichen Bereich ist keine Privatsache und wird nicht mehr geduldet. Rechtfertigungsversuche wie Verniedlichung, Alkohol, Stress, Provokation werden nicht mehr akzeptiert. Die Verantwortung für die Gewalt liegt immer bei der Person, die sie ausübt. Die Polizei kann eine gewalttätige Person aus der Wohnung weisen und ein Betretungsverbot aussprechen. Die Betroffenen haben Anspruch auf Schutz und Hilfe.

Diese Informationsbroschüre soll Personen, die häusliche Gewalt erleiden, über ihre Rechte informieren. Gleichzeitig werden allgemeine Fragen bei Interventionen im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt beantwortet.

Antworten auf die häufigsten Fragen:

Wegweisung und Betretungsverbot: Art. 89ter ff. Strafprozessordnung

1. Wen schützt das Gesetz?

Das Gesetz schützt jede Person, die häusliche Gewalt erfährt, unabhängig davon, ob die Gewalt vom Ehe- bzw. Lebenspartner, von der Ehe- oder Lebenspartnerin, von Eltern, Verwandten oder Mitbewohnern ausgeht.

2. Wo gilt das neue Gesetz?

Es gilt für den Kanton Luzern: Die Wohnstätte der gewaltbetroffenen Person muss sich auf dem Gebiet des Kantons Luzern befinden.

3. Was können Sie tun, wenn Sie von Gewalt betroffen sind?

Wenn Sie oder Ihr Kind Gewalt erleiden, können Sie sich an eine Hilfseinrichtung wenden. In einer akuten Gefahrensituation sollten Sie sofort die Polizei um Schutz bzw. Hilfe ersuchen:

Notruf 117

Die Polizei leistet sofortige Hilfe. Sie ermittelt den Sachverhalt und kann Personen, von denen für andere eine Gefahr ausgeht, aus der Wohnung bzw. dem Haus und der unmittelbaren Umgebung wegweisen und ein Betretungsverbot für diesen Bereich aussprechen. Sie als gewaltbetroffene Person und Ihre Kinder haben grundsätzlich das Recht, in Ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben. Wenn strafbare Handlungen vorgefallen sind, haben Sie die Möglichkeit, Strafanzeige zu erstatten. In schweren Fällen gilt die Offizialmaxime, d.h. die Strafuntersuchungsbehörden ermitteln von Amtes wegen. Seit dem 1. April 2004 gilt

die Officialmaxime neu auch bei sexueller Nötigung und Vergewaltigung in der Ehe sowie bei einfacher Körperverletzung, wiederholten Tätlichkeiten und Drohungen, wenn diese zwischen Ehegatten oder Lebenspartnern stattfinden.

4. Was können Sie tun, wenn Sie in der Nachbarschaft Gewalt wahrnehmen?

Auch in diesem Falle können Sie sich an die Polizei wenden.

5. Ist die Wegweisung vom Willen des Opfers abhängig?

Nein. Wenn eine ernsthafte Gefährdung vorliegt und das Opfer – aus Angst oder wegen versteckten Drohungen – keine Wegweisung wünscht, wird die Polizei die Wegweisung dennoch anordnen. Der Gesetzgeber will damit Opfern von Gewalt von Amtes wegen helfen.

6. Spielen die Eigentums- oder Mietverhältnisse eine Rolle?

Nein, sie spielen keine Rolle. Die Polizei kann jede Person, von der eine Gefahr ausgeht, wegweisen; also auch die Eigentümerin oder den alleinigen Mieter der Wohnung oder des Hauses.

7. Schlüsselabnahme, Adressangabe für Gerichtszustellung

Die Polizei nimmt der Person, von der die Gefahr ausgeht, im Moment der Wegweisung die Schlüssel zur Wohnung bzw. zum Haus ab. Die weggewiesene Person wird von der Polizei aufgefordert, eine Adresse anzugeben, an welche amtliche Schriftstücke zugestellt werden können.

8. Was darf die weggewiesene Person mitnehmen?

Die weggewiesene Person darf die dringend benötigten Gegenstände des persönlichen Bedarfs mitnehmen (z.B. persönliche Dokumente, Kleidung, Ausweise, Medikamente usw.).

9. Für welche Bereiche gilt das Betretungsverbot?

Diese Massnahme gilt für die Wohnung oder das Haus und für die unmittelbare Umgebung. Dazu gehören zum Beispiel Gänge, Treppenhaus, Keller, Waschküche, Hof, Garten und Zugang oder Zufahrt zum Haus. Bei der Festlegung des räumlichen Schutzbereiches ist der wirkungsvolle Schutz für die Opfer und die Verhinderung einer erneuten Gewalteskalation entscheidend. Die Polizei muss den räumlichen Schutzbereich in der schriftlichen Wegweisungs-Verfügung klar bezeichnen. Das Opfer erhält eine Kopie der Wegweisungs-Verfügung.

10. Was passiert, wenn die gewalttätige Person nicht freiwillig geht?

In diesem Fall kann die Polizei Zwang anwenden und die gewalttätige Person entfernen.

11. Können die Wegweisung und das Betretungsverbot auch ausgesprochen werden, wenn die Polizei erst nachträglich über die Gewalt informiert wird?

Ja. Eine Wegweisung mit Betretungsverbot kann auch dann verhängt werden, wenn sich die von Gewalt betroffenen Personen nach Misshandlungen an die Polizei wenden und Angst vor weiterer Gewalt haben. Entscheidend ist die Konkretisierung dieser Gefährdung, z.B. anhand von Zeugenaussagen, Verletzungen, Sachbeschädigungen usw.

12. Wie lange gelten die Wegweisung und das Betretungsverbot?

Die von der Polizei weggewiesene Person wird innert 48 Stunden von einer Amtsstatthalterin oder einem Amtsstatthalter einvernommen. Diese können die Wegweisung und das Betretungsverbot aufheben, abändern oder um maximal zehn Tage verlängern. Das Opfer und die weggewiesene Person werden direkt von der Amtsstatthalterin oder vom Amtsstatthalter informiert, ob die Wegweisung und das Betretungsverbot aufgehoben, abgeändert oder verlängert werden. Eine Aufhebung bedeutet, dass die weggewiesene Person von der Polizei den Schlüssel zurück erhält und wieder in die Wohnung bzw. das Haus zurückkehren darf.

13. Können die von einer Amtsstatthalterin oder einem Amtsstatthalter verlängerte Wegweisung und das Betretungsverbot nochmals verlängert werden?

Ja. Wenn die gefährdete Person innert fünf Tagen seit dem Entscheid der Amtsstatthalterin oder des Amtsstatthalters beim Amtsgericht um Anordnung von Schutzmassnahmen ersucht (vgl. nachfolgend: «Verlängerung des Schutzes: Anordnung von Schutzmassnahmen durch das Amtsgericht»). Dann verlängern sich die Wegweisung und das Betretungsverbot automatisch bis zum Entscheid des Amtsgerichts, längstens aber um zehn Tage.

14. Wie wird die Einhaltung des Betretungsverbot kontrolliert?

Die Einhaltung des Betretungsverbot wird von der Polizei in der Regel nur auf Verlangen der gefährdeten Personen überprüft. Die Polizei kann die Einhaltung aber auch von sich aus kontrollieren. Dies tut sie vor allem dann, wenn sie die Gefahr einer erneuten Gewalteskalation hoch einstuft.

15. Was können Sie tun, wenn die weggewiesene Person das Betretungsverbot missachtet?

In diesem Fall sollten Sie sofort die Polizei rufen: **Notruf 117**. Die Polizei entfernt die weggewiesene Person, nötigenfalls mit Zwang. Das Eindringen stellt zudem eine straffbare Handlung dar – Ungehorsam gegen eine amtliche Verfügung – und wird mit Haft oder Busse bestraft.

16. Kann die weggewiesene Person zurückkommen, wenn sie sich wieder beruhigt hat?

Nein. Solange die Wegweisung angeordnet ist, darf die weggewiesene Person nicht zurückkommen. Auch wenn die gefährdete Person die weggewiesene Person freiwillig in die Wohnung lässt, macht sich die weggewiesene Person strafbar. Es ist daher für alle empfehlenswert, die Wegweisung einzuhalten. Muss die weggewiesene Person dringend benötig-

te Gegenstände in der Wohnung abholen, darf dies nur in Gegenwart einer Polizistin oder eines Polizisten geschehen.

17. Wo können Sie sich informieren, unterstützen und beraten lassen?

Gewaltbetroffene Personen wenden sich an die **Opferberatungsstelle des Kantons Luzern, Tel. 041 227 40 60.**

Die Beratungsstelle informiert, unterstützt und berät Sie in persönlichen und rechtlichen Fragen. Sie begleitet Sie zu medizinischen Untersuchungen, zur Polizei, im Untersuchungsverfahren und vor Gericht. Sie hilft Ihnen auch bei der Eingabe eines Gesuchs um Anordnung von Schutzmassnahmen beim Amtsgericht. Die Beratung ist unentgeltlich und Sie können die Beratung jederzeit abbrechen. Die Mitarbeitenden der Beratungsstelle unterstehen der Schweigepflicht.

18. Wünschen Sie, dass die Opferberatungsstelle des Kantons Luzern mit Ihnen Kontakt aufnimmt?

Dann müssen Sie gegenüber der Polizei der Übermittlung ihrer Personaldaten an die Opferberatungsstelle des Kantons Luzern zustimmen. Die Beratungsstelle nimmt in diesem Fall mit Ihnen Kontakt auf. Sie können auch später von sich aus an die Beratungsstelle gelangen.

19. Wo kann sich die weggewiesene Person beraten lassen?

Gewaltausübende Männer wenden sich an die **Fachstelle gegen Männergewalt Gewalt-Hotline, 078 744 88 88.**

Gewaltausübende Frauen wenden sich an das **Amt für Vollzugs- und Bewährungsdienste, vormals Schutzaufsicht, Telefon 041 369 60 10.**

Bei diesen Fachstellen erhalten Sie Beratung und Information. Der Berater oder die Beraterin erarbeitet mit Ihnen gewaltfreie Formen der Konfliktlösung. Er oder sie informiert Sie auch über die Modalitäten bezüglich der Beratungskosten. Beratungstermine werden nach Absprache vergeben.

20. Information der Vormundschaftsbehörde

Erscheinen vormundschaftliche Massnahmen angezeigt, meldet die Amtsstatthalterin oder der Amtsstatthalter die Wegweisung so bald als möglich der zuständigen Vormundschaftsbehörde. Zudem prüfen sie, ob Kinderschutzmassnahmen notwendig sind.

Polizeilicher Gewahrsam nach § 16 des Gesetzes über die Kantonspolizei – Vorläufige Festnahme nach § 52 Strafprozessordnung

21. Kann die Polizei eine gewaltausübende Person auch in Gewahrsam nehmen?

Oft genügt die Wegweisung mit Betretungsverbot, um die Gefahr abzuwenden oder zumindest zu verringern. Im Regelfall ordnet die Polizei bei häuslicher Gewalt somit die

Wegweisung an. Wenn nun aber entweder die Gefahr besteht, dass die weggewiesene Person sich oder andere ernsthaft und unmittelbar gefährdet oder wenn verhindert werden muss, dass sie eine unmittelbar bevorstehende Straftat begeht oder eine erhebliche Straftat fortsetzt, dann kann die Polizei diese Person vorübergehend in Gewahrsam nehmen. Der Gewahrsam darf nicht länger als unbedingt notwendig dauern, höchstens jedoch 24 Stunden. Bei offenkundigem Alkohol- oder Drogenkonsum wird die betreffende Person immer in Polizeigewahrsam genommen.

22. Was ist eine vorläufige Festnahme?

Die Polizei kann eine Person vorläufig festnehmen, wenn unmittelbar Gefahr droht und ein Haftgrund vorzuliegen scheint. Festgenommene sind unverzüglich der Amtsstatthalterin oder dem Amtsstatthalter zuzuführen. Nach einer Einvernahme, welche innert 24 Stunden seit der vorläufigen Festnahme erfolgen muss, entscheiden diese, ob die verdächtige Person in Untersuchungshaft genommen wird. Dies hängt u.a. davon ab, ob ein Strafverfahren eröffnet wird, Haftgründe gemäss § 80 Strafprozessordnung gegeben sind und die Untersuchungshaft verhältnismässig ist.

23. Können polizeilicher Gewahrsam bzw. vorläufige Festnahme und Wegweisung mit Betretungsverbot gleichzeitig verhängt werden?

Ja. Auch wenn die gewaltausübende Person in polizeilichen Gewahrsam genommen oder vorläufig festgenommen wird, kann die Polizei eine Wegweisung mit Betretungsverbot verhängen, da der polizeiliche Gewahrsam bzw. die vorläufige Festnahme nur für eine kurze Dauer angeordnet werden kann. In diesen Fällen ist ein Betretungsverbot gerade besonders wichtig, da eine Rückkehr in die gemeinsame Wohnung oft zu erneuter Gewalteskalation führt. Die gewaltbetroffene Person soll – unbehelligt von weiteren Angriffen – entscheiden können, ob sie beim Zivilgericht um Anordnung von Schutzmassnahmen ersuchen will.

24. Kann nach der Untersuchungshaft eine Wegweisung mit Betretungsverbot angeordnet werden?

Ja. Die Amtsstatthalterin oder der Amtsstatthalter kann nach Entlassung aus der Untersuchungshaft eine Wegweisung mit Betretungsverbot anordnen.

Verlängerung des Schutzes: Anordnung von Schutzmassnahmen durch das Zivilgericht: Art. 89quinquies Strafprozessordnung

25. Können die Wegweisung und das Betretungsverbot verlängert werden?

Wollen Sie, dass die Wegweisung und das Betretungsverbot länger als die durch die Amtsstatthalterin oder den Amtsstatthalter festgesetzte Frist von maximal zehn Tage dauern, müssen Sie tätig werden und innert fünf Tagen nach dem Entscheid der Amtsstatthalterin oder des Amtsstatthalters beim Amtsgericht um Anordnung von Schutzmassnahmen ersuchen. In diesem Fall verlängert sich die Wegweisung und das Betretungsverbot automatisch um längstens zehn Tage, damit das Gericht Zeit hat, über Ihre Anträge zu entscheiden. Das Gericht informiert die Amtsstatthalterin oder den Amtsstatthalter sofort über den Eingang des Gesuchs und teilt die Verlängerung den betroffenen Personen mit. Ein Gesuch um Anordnung von Schutzmassnahmen

kann auch ohne vorgängige Intervention der Polizei erfolgen. Welche Schutzmassnahmen beantragt werden können, hängt davon ab, ob Sie verheiratet sind oder nicht.

26. Wie beantragen Sie zivilrechtliche Schutzmassnahmen, wenn Sie mit der weggewiesenen Person verheiratet sind?

In diesem Fall müssen Sie möglichst rasch, spätestens aber fünf Tage nach dem Entscheid der Amtsstatthalterin oder des Amtsstatthalters, beim zuständigen Amtsgericht ein Gesuch um Eheschutzmassnahmen stellen, allenfalls mit dem Antrag auf Erlass dringlicher Anordnungen. Ist bereits ein Ehescheidungsverfahren beim Gericht hängig, können Sie vorsorgliche Massnahmen beantragen, allenfalls mit dem Antrag auf Erlass dringlicher Anordnungen. Es ist wichtig, dass Sie sich vorher beraten lassen, damit Sie die richtigen Anträge stellen und die nötigen Unterlagen und Beweismittel beilegen. Die Opferberatungsstelle des Kantons Luzern unterstützt Sie bei der Antragstellung. Sie kann auch einschätzen, ob Sie auf anwaltliche Vertretung angewiesen sind.

27. Welche Anträge können gestellt werden?

Folgende Eheschutzmassnahmen können beantragt werden:

- Aufhebung des gemeinsamen Haushalts
- Zuweisen der ehelichen Wohnung oder des Hauses
- Zuteilen der Obhut über die Kinder
- Regeln des Besuchsrechts
- Festsetzen des Kinderunterhalts und allfälliger Unterhaltsbeiträge für die Ehepartnerin oder den Ehepartner
- Zuweisen bestimmter Sachen, Anordnen der Gütertrennung usw.
- Unentgeltliche Prozessführung
- Verfahrensanträge wie dringliche Anordnungen, getrennte Befragung etc.

Zusätzlich zu den Eheschutzmassnahmen können, gestützt auf das Persönlichkeitsrecht, folgende Massnahmen beantragt werden:

- Betretungsverbot für die Wohnung/das Haus und die unmittelbare Umgebung
- Massnahmen wie Strassen-, Quartier-, Annäherungs- und Kontaktverbote

28. Spielen die Eigentums- oder Mietverhältnisse eine Rolle?

Nein, diese spielen keine Rolle. Die Wohnung oder das Haus kann auch zugewiesen werden, wenn z.B. der weggewiesene Ehepartner Eigentümer oder alleiniger Mieter ist.

29. Wie kann die Gewalt nachgewiesen werden?

Für den Nachweis der Gewalt müssen Beweismittel vorgebracht werden: Die polizeiliche Wegweisungsverfügung und der Entscheid der Amtsstatthalterin oder des Amtsstatthalters, allenfalls Strafurteile, Polizeirapporte über frühere Vorfälle, Arztzeugnisse, Fotos von Verletzungen, Drohbriefe der anderen Partei, schriftliche Auskünfte von Beratungsstellen oder Frauenhäusern (ausnahmsweise, mit eingeschränkter Beweiskraft, Zeugen aus dem Verwandten- oder Bekanntenkreis oder schriftliche Berichte von Privatpersonen).

30. Wird die weggewiesene Person zu Ihren Anträgen befragt?

Grundsätzlich ja. Die weggewiesene Person hat das Recht, ihre Sicht der Ereignisse darzulegen (rechtliches Gehör), eigene Anträge zu stellen und ihrerseits Beweismittel einzureichen. Das Gericht entscheidet in der Regel nach Anhören beider Parteien.

31. Was sind dringliche Anordnungen?

Bei zeitlicher Dringlichkeit kann das Gericht auch ohne Anhörung der Gegenpartei für die Dauer des Prozesses provisorische Anordnungen treffen. Es kann beispielsweise bestimmen, dass die Wohnung vorläufig weiterhin der gefährdeten Person zugewiesen ist und ein Betretungsverbot gilt. Vor dem definitiven Entscheid wird der weggewiesenen Person aber in jedem Fall das rechtliche Gehör gewährt. Es empfiehlt sich bezüglich der Wohnungszuteilung und des Betretungsverbotes eine dringliche Anordnung zu beantragen.

32. Werden Sie im Gerichtsverfahren mit der weggewiesenen Person konfrontiert?

Das Gericht lädt beide Parteien zu einer mündlichen Verhandlung vor. Sind Sie aus psychischen Gründen nicht in der Lage, dem Partner/der Partnerin zu begegnen, empfiehlt sich ein Antrag auf getrennte Befragung und auf Vermeidung einer direkten Konfrontation. Die getrennte Befragung wird in Ausnahmefällen mit einem ärztlichen Zeugnis gewährt.

33. Habe ich die Möglichkeit, in meiner Muttersprache auszusagen?

Das Gericht stellt eine Uebersetzerin oder einen Uebersetzer zur Verfügung.

34. Können Sie sich zu Gerichtsterminen begleiten lassen?

Eine Mitarbeiterin der Beratungsstelle kann Sie zu Gerichtsterminen begleiten.

35. Was ist mit Gerichts- und allfälligen Anwaltskosten?

Gerichts- und Anwaltskosten werden grundsätzlich nach Obsiegen und Unterliegen verteilt; es kommt also darauf an, wie jede Partei mit ihren Anträgen durchkommt. Ist eine Person bedürftig, so kann sie ein Gesuch um unentgeltliche Prozessführung stellen.

36. Was können Sie tun, wenn die weggewiesene Person die gerichtlich angeordneten Verbote missachtet?

Rufen Sie sofort die Polizei, **Notruf 117**, unter Hinweis auf die Verbote in den Gerichtsentscheiden. Bewahren Sie diese Entscheide gut auf. Die Polizei entfernt die weggewiesene Person und verzeigt sie wegen Ungehorsams gegen eine amtliche Verfügung beim Amtsstatthalteramt. Die Polizei kann die weggewiesene Person auch vorübergehend in Gewahrsam nehmen, wenn eine ernsthafte und unmittelbare Gefährdung vorliegt und diese nicht auf andere Weise abgewendet werden kann.

37. Wie beantragen Sie zivilrechtliche Schutzmassnahmen, wenn Sie mit der weggewiesenen Person nicht verheiratet sind?

Hier ist die Situation derart komplex, dass eine rechtliche Beratung in jedem Fall nötig ist. Wir empfehlen Ihnen, sich an die Opferberatungsstelle des Kantons Luzern zu wenden und mit dieser das Vorgehen zu besprechen. Grundsätzlich können Sie beim Einzelrichter des zuständigen Gerichts ein Gesuch um vorsorgliche Massnahmen stellen und ein Betretungsverbot für die Wohnung sowie allenfalls weitergehende Schutzmassnahmen beantragen. Für die Kinderbelange ist nicht das Gericht, sondern die Vormundschaftsbehörde zuständig.

Achten Sie auf Ihre Sicherheit!

Die neuen Gesetzesbestimmungen zur Wegweisung bieten mehr Schutz für die Betroffenen und ausserdem die Möglichkeit, in der gewohnten Umgebung zu bleiben. Sie bieten jedoch keinen absoluten Schutz vor Gewalt! In gefährlichen Situationen kann es wichtig sein, dass Sie und Ihre Kinder trotzdem die Wohnung verlassen und eine sichere Unterkunft, z.B. das Frauenhaus, aufsuchen. In Zeiten von Trennung und Scheidung steigen Gewalttaten an! Weitere Faktoren, welche die Gefährlichkeit erhöhen, sind Waffenbesitz, Alkohol- und Drogenkonsum, Selbstmord- und Morddrohungen oder auch krankhafte Eifersucht. Die Befreiung aus einer Misshandlungsbeziehung ist schwierig und oft langwierig. Sie sollten sich auf jeden Fall Hilfe organisieren und ein Unterstützungsnetz aufbauen.

LîP Luzerner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt

Informationen zum Wegweisungs- und Betretungsverbot bei häuslicher Gewalt

Gewalt in Partnerschaft und Familie ist strafbar und keine Privatsache.

In einer akuten Gefahrensituation sollten Sie sofort die Polizei anrufen: **Notruf 117**. Im Kanton Luzern kann die Polizei gewalttätige Personen aus der Wohnung/Haus wegweisen und ein Betretungsverbot aussprechen. Sie als Opfer können mit Ihren Kindern in der Wohnung bleiben. Wenn die weggewiesene Person das Betretungsverbot missachtet, sollten Sie sofort die Polizei anrufen: **Notruf 117**. Fühlen Sie sich nicht sicher, so finden Sie z.B. im Frauenhaus Schutz: 041 360 70 00 oder bei Verwandten und Bekannten.

Die Polizei leitet Ihre Personalien mit Ihrer Zustimmung an die Opferberatungsstelle weiter. Wir empfehlen Ihnen zuzustimmen. Die Opferberatungsstelle nimmt dann mit Ihnen Kontakt auf und hilft Ihnen beim weiteren Vorgehen.

Das Amtsstatthalteramt überprüft die Wegweisung und kann sie um bis zu 10 Tage verlängern. Es wird Sie über den Entscheid informieren. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie der Polizei eine Kontaktadresse und Telefonnummer angeben, unter der Sie erreichbar sind. Dies gilt insbesondere auch für den Fall, dass Sie sich entschliessen, zu Freunden, Verwandten oder ins Frauenhaus zu gehen. Nach dem Entscheid des Amtsstatthalteramtes haben Sie fünf Tage Zeit, um beim Amtsgericht um Anordnung von Schutzmassnahmen zu ersuchen. Dann verlängert sich die Wegweisung nochmals um maximal zehn Tage. Die Adressen von Beratungsstellen finden Sie in der kleinen blauen Nothilfekarte, die Sie ebenfalls von der Polizei erhalten.

Stop dhunës!

ALBANISCH

LîP Luzerner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt

Dëbimi nga shtëpia në rastet e dhunës dhe ndalim-kthimi në të

(Wegweisungs- und Betretungsverbot)

Dhuna në familje dhe në bashkëshortësi dënohet dhe s'është çështje private.

Në rastet akute kur rreziku është i pashmangshëm, thirrni pa u hamendur: **numrin e urgjencës policore 117**. Policia e Lucernit ka kompetenca, që personat, të cilët paraqesin rrezik dhe ushtrojnë dhunë, t'i dëbojë nga shtëpia/banesa dhe t'ju ndalojë kthimin në të. Kurse personi që i nështrohet dhunës, së bashku me fëmijët qëndron në shtëpi. Nëse i dëbuari, të cilit i ndalohet kthimi në shtëpi, nuk e respekton këtë denim, atëherë atë duhet ta lajmëroni menjëherë në polici: **thirrni numrin 117**. Nëse nuk ndiheni e sigurt në shtëpi ju mund të kërkoni strehë p.sh në Shtëpinë e grave (Frauenhaus Luzern) në Lucern, duke thirrur në këtë numër telefoni 041 360 70 00.

Me pëlqimin tuaj, policia e njofton dhe ia jep informatat tuja Zyrës për gratë e viktimizuar (Opferberatungsstelle). Ju këshillojmë që të pranoni një gjë të tillë. Zyra për gratë e viktimizuar vë kontakte me ju dhe ju ndihmon dhe udhëzon sipas nevojës.

Gjykata hetuse (Amtsstatthalteramt) e shqyrton masën e ndalimit kthimit në familje dhe mund ta vazhdoj deri në 10ditë. Për një gjë të tillë ju do të informoheni. Për këtë arsye është shumë me rëndësi që policisë t'i jepni adresën dhe numrin e telefonit se ku mund t'ju gjej apo t'ju telefonoj. Kjo pasqerisht vlenë në ato raste kur vendosni të shkoni tek miqët, të afërmit apo në Shtëpinë e Grave. Pas vendimit të Gjykatës Hetuese keni kohë pesë ditë që t'i drejtoheni Gjyqit të Qarkut (Amtsgericht) për të kërkuar masa sigurie. Atëherë masa ndëshkuese për ndalim kthim në familje të dëbuarit mund t'i zgjatet, por maksimalisht edhe për dhjetë ditë tjera. Adresat e zyrave këshilluese i gjeni në kartelën e vogël me ngjyrë të kaltërt, të cilën po ashtu ua jep policia.

Stop Violence!

ENGLISCH

LîP Luzerner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt

Information about restraining orders related (Wegweisungs- und Betretungsverbot) to domestic violence

Violence in a partnership relationship or family is a criminal offence and not a private matter.

Contact the police immediately in a situation with acute danger by **calling 117**. In Canton Luzern, the police may remove violent people from a home and prohibit them from returning. If you are a victim, you may remain in your home with your children. If the person disobeys the order to stay away from your home, please call the police immediately at the **emergency number 117**. If you do not feel secure, you will find safe housing at the Frauenhaus (Frauenhaus Luzern) : 041 360 70 00.

If you give your consent, the police will give your personal information to the Victim's Aid Office (Opferberatungsstelle). We recommend that you give your consent. The Victim's Aid Office will then get in touch with you and help you with further procedures.

A court magistrate (Amtsstatthalteramt) will review the restraining order and may extend it by 10 days. The court will inform you of its decision. Therefore, it is very important that you give the police a contact address and telephone number where you can be reached. This is especially important if you decide to stay with friends, relatives, or at the Frauenhaus. After the decision of the court magistrate (Amtsgericht) you have 5 days to apply to the court for an order allowing for protective measures. This will automatically extend the restraining order by up to 10 more days. You can find the addresses for assistance on the small blue emergency card, which is also available from the police.

Stop à la violence!

FRANZÖSISCH

LîP Luzerner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt

Expulsion et interdiction de réintégrer son domicile (Wegweisungs- und Betretungsverbot) **en cas de violence domestique**

La violence conjugale et familiale ne relève pas de la sphère privée. Elle est punissable.

Dans une situation de péril grave, avertissez tout de suite la police: **appel d'urgence 117**. Dans le canton de Lucerne, la police peut expulser les personnes violentes de leur domicile et leur interdire de le réintégrer. En tant que victime, vous pouvez rester chez vous avec vos enfants. Si la personne expulsée ne respecte pas l'interdiction de réintégrer le logement, avertissez tout de suite la police, **appel d'urgence 117**. Si vous ne vous sentez pas en sécurité, vous trouverez par exemple une protection au centre d'accueil pour femmes battues (Frauenhaus Luzern): 041 360 70 00.

Avec votre approbation, la police transmet vos coordonnées au service de consultation pour les victimes de la violence (Opferberatungsstelle). Nous vous recommandons d'accepter. Le service de consultation prend ensuite contact avec vous et vous aide dans la suite des démarches.

Le juge d'instruction (Amtsstatthalteramt) contrôle l'expulsion et peut la prolonger de 10 jours au maximum. Il vous informera de sa décision. D'où l'importance d'indiquer à la police une adresse de contact et un numéro de téléphone où vous pouvez être atteinte, surtout si vous décidez d'aller chez des amis, des proches ou au centre d'accueil pour femmes battues. Après la décision du juge d'instruction, vous avez cinq jours pour demander au tribunal cantonal (Amtsgericht) d'ordonner des mesures de protection. L'expulsion peut alors être encore prolongée de dix jours au maximum. Les adresses des services de consultation figurent sur la petite carte bleue d'aide en cas d'urgence que vous obtenez également à la police.

Stop alla violenza!

ITALIENISCH

LîP Luzerner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt

Allontanamento e divieto d'accesso in caso di violenza domestica (Wegweisungs- und Betretungsverbot)

La violenza nella coppia e nella famiglia è punibile, non è quindi una questione privata.

In una situazione urgente di pericolo dovete chiamare la polizia: **Pronto soccorso 117**. Nel cantone Lucerna la polizia è autorizzata ad allontanare persone violente dalla appartamento/casa e impedirle l'accesso. Lei in quanto vittima può rimanere nell'appartamento con i suoi bambini. Se la persona interdetta viola il divieto di accesso, deve chiamare subito la polizia (**Pronto soccorso 117**). Non si sente sicura, allora cerchi protezione p. es. nella casa delle donne (Frauenhaus Luzern): 041 360 70 00.

La polizia invia le sue generalità, con il suo assenso, al consultorio delle vittime (Opferberatungsstelle). Le consigliamo di dare il suo assenso. Il consultorio delle vittime prenderà in seguito contatto con lei per decidere come procedere.

La pretura (Amtsstatthalteramt) esamina l'allontanamento e può prostrarla fino a 10 giorni. Lei verrà informata della decisione. È quindi importante che lei dia alla polizia un indirizzo e un numero telefonico di riferimento dove rintracciarla. Questo vale soprattutto se lei decide di trasferirsi presso amici, parenti o nella casa delle donne. Dopo la decisione della pretura, ha 5 giorni di tempo per fare richiesta presso il tribunale distrettuale (Amtsgericht) di provvedere a misure tutelari. In questo caso l'allontanamento si allunga di altri 10 giorni al massimo. Gli indirizzi dei consultori li trova nella piccola carta di pronto soccorso, che ha fra l'altro ricevuto dalla polizia.

Não à violência!

PORTUGIESISCH

LîP Luzerner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt

Expulsão e proibição de acesso (Wegweisungs- und Betretungsverbot) **em caso de violência doméstica**

A violência na relação afectiva e na família é punível por lei e não um assunto privado!

Se se encontrar numa situação de perigo eminente deve telefonar imediatamente à polícia: **telefone de emergências 117**. No cantão de Lucerna, a polícia pode expulsar uma pessoa violenta do apartamento ou da casa e proferir uma proibição de entrada nesse mesmo local. Você, como vítima, pode ficar no apartamento com as suas crianças. Se a pessoa expulsa não cumprir essa proibição, deve telefonar à polícia imediatamente, **telefone de emergências 117**. Se não se sente em segurança, pode encontrar protecção na Casa das Mulheres (Frauenhaus Luzern) : 041 360 70 00.

A polícia envia, com o seu consentimento, os seus dados pessoais para o Serviço de aconselhamento/ apoio a vítimas (Opferberatungsstelle). Aconselhamo-la a dar esse consentimento. O Serviço de aconselhamento/ apoio a vítimas entrará seguidamente em contacto consigo e irá ajudá-la nos procedimentos seguintes.

O Tribunal de Instrução Criminal (Amtsstatthalteramt) verifica a expulsão e pode prolongá-la por um período até 10 dias. Ele informa-a sobre a decisão tomada. Por este motivo, e principalmente no caso de decidir ir para casa de pessoas amigas ou de familiares ou para a Casa das Mulheres, é muito importante que dê à polícia uma morada e um número de telefone através dos quais possa ser contactada (paradeiro). Depois da decisão do Tribunal de Instrução Criminal tem o prazo de cinco dias para pedir ao Tribunal de Comarca (Amtsgericht) que sejam ordenadas medidas preventivas. Então é prolongada novamente a expulsão por um período máximo de 10 dias. Os endereços de serviços de aconselhamento encontram-se no pequeno cartão de ajuda em emergências (azul), que receberá também da polícia.

Stop nasilju!

SERBOKROATISCH

LîP Luzerner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt

Izgon i zabrana pristupa (Wegweisungs- und Betretungsverbot) **u slučaju kućnog nasilja**

Nasilje u partnerstvu i porodici je kažnjivo i nije privatna stvar.

U slučaju akutne opasnosti, trebate odmah nazvati **policiju 117**. U kantonu Luzern policija može nasilnu osobu istjerati iz stana/kuće i izreći zabranu pristupa. Vi, kao žrtva, možete, zajedeno sa djecom, ostatu u stanu. Ako istjerana osoba ne poštuje zabranu pristupa, trebate odmah nazvati policiju, **poziv u hitnim slučajevima 117**. Ako se ne osjećate sigurni, možete na pr. u kući za žene naći zaštitu (Frauenhaus Luzern): 041 360 70 00.

Policija će, uz vašu saglasnost, vaše lične podatke proslijediti savjetovalištu za žrtve (Opferberatungsstelle). Savjetujemo vam da pristanete na to. Savjetovalište za žrtve će stupiti s vama u kontakt i pomoći vam u daljim postupcima.

Istražni sudija (Amtsstatthalteramt) će preispitati izgon i može ga produžiti još za 10 dana. O toj odluci će i vas obavijestiti. Zato je jako važno da policiji date adresu i broj telefona, gdje mogu stupiti u vezu s vama, naročito ako odlučite da odete kod prijatelja, rođaka ili u kuću za zene. Poslije odluke istražnog sudije imate 5 dana vremena da, kod istražnog suda (Amtsgericht), podnesete zahtjev za zaštitne mjere. Tada se izgon produžava još jednom za najviše 10 dana. Adrese savjetovališta možete naći u maloj plavoj karti prve pomoći, koju možete dobiti i kod policije.

¡Basta de Violencia!

SPANISCH

LîP Luzerner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt

Expulsión y Prohibición de Entrada (Wegweisungs- und Betretungsverbot) **en Caso de Violencia Doméstica**

La violencia en la pareja y en la familia es punible y no es un asunto privado

En una situación de peligro grave, usted debe llamar inmediatamente a la policía: **Llamada de socorro 117**. En el cantón de Lucerna, la policía puede expulsar a las personas violentas de su casa o departamento y dar la orden de prohibición de entrada. Usted como víctima puede quedarse con sus niños en su vivienda. Si la persona expulsada quebranta la orden de prohibición de entrada, usted debe llamar inmediatamente a la policía, **Llamada de socorro 117**. Si usted no se siente segura encontrará protección, por ejemplo, en la Casa de Mujeres de Lucerna, (Frauenhaus Luzern) número de Teléfono. 041 360 70 00

La policía enviará sus datos personales, con su consentimiento, a la oficina de asesoramiento para víctimas (Opferberatungsstelle). Le recomendamos que dé su consentimiento. La oficina de asesoramiento para víctimas se pondrá en contacto con usted y le ayudará con el procedimiento posterior.

El juez de instrucción, (Amtsstatthalteramt) examinará la orden de expulsión y podrá ordenar un prórroga de diez días. A usted se le notificará sobre esta decisión. Por esta razón es importante que usted le deje a la policía una dirección y un número de teléfono, donde se le pueda localizar. Esto es válido especialmente, en el caso en que usted decida ir a la casa de amigos, parientes o a la Casa de Mujeres. Después de la decisión del juez de instrucción, usted tendrá cinco días de plazo para solicitar una orden de medidas de protección al juzgado de primera instancia (Amtsgericht). De esta forma se prorrogará la orden de expulsión nuevamente como máximo diez días más. Las direcciones de las oficinas de asesoramiento las encuentra usted en la pequeña carta de emergencia azul, que usted recibirá también de la policía.

வன்முறையை நிறுத்து!

LIP Luzerner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt

வீட்டிலும்பெறும் வன்முறையின்போது வெளியேற்றலும், பிவேசத் தடையும் (Wegweisungs- und Betretungsverbot) பற்றிய தகவல்கள்.

இணைந்து வாழ்வவர்களுக்கிடையிலும் குடும்பத்திலும் வன்முறை தண்டனைக்குரியது இது ஒரு தனிநபர் விடயமல்ல.

ஒரு கடுமையான அபாயச் சூழ்நிலையில் நீங்கள் உடனடியாகப் பொலிசாரை தொலைபேசி மூலம் அழைக்கலாம். அவசர அழைப்பு இலக்கம்: **117**. லுற்சேன் மாநிலப் பொலிசார் வன்முறையைப் பிரயோகித்த நபருக்கு வெளியேற்ற உத்தரவும், வீட்டுக்குள் பிரவேசிக்கத்தடையும் விதிக்கலாம். பாதிக்கப்பட்ட நபரான தாங்களும் பிள்ளைகளும் வீட்டிலேயே தங்கியிருக்கலாம். வெளியேற்றப்பட்ட நபர் பிரவேசத்தடையை மீறினால் நீங்கள் உடனடியாக பொலிசாருக்கு தொலைபேசி மூலம் தகவல் தெரிவிக்கலாம். **Notruf 117**. பாதுகாப்பின்மையை உணர்வி- களாயின், மாதரில்லத்தில் (Frauenhaus Luzern) பாதுகாப்பை நாடலாம். தொலைபேசி இல: 041 360 70 00

உங்கள் ஒப்புதலுடன் பொலிசார் தங்களது விபரங்களைப் பாதிக்கப்பட்டோர் ஆலோசனை நிலையத்துக்கு Opferberatungsstelle அனுப்பிவைப்பர். தங்களை ஒப்புதல் வழங்கும்படி நாம் கேட்டுக்கொள்கிறோம். பாதிக்கப்பட்டோர் ஆலோசனை நிலையம், பின்பு தங்களது தொட்பை ஏற்படுத்தி, மேற்கொண்டு நடைபெற வேண்டியவற்றுக்கு உதவி செய்யும்.

குற்றவியல் விசாரணைக் காரியாலயம் Amtstatthalteramt வெளியேற்ற உத்தரவைப் பரிசீலித்து மேலும் 10 நாட்களுக்கு அவ்வுத்தரவை நீடிக்கலாம். அந்த முடிவு பற்றித் தங்களுக்குத் தகவல் தரப்படும். எனவே பொலிசாருக்குத் தங்களது தொட்பு கொள்ளக்கூடிய முகவரியையும், தொலைபேசி இலக்கத்தையும் நீங்கள் கொடுக்க வேண்டும். முக்கியமாக, நீங்கள் நண்பர் வீட்டிற்கோ, உறவினர் வீட்டிற்கோ அல்லது மாதரில்லத்துக்கோ செல்வதாக முடிவெடுத்தால், இது பொருத்தம். Amtstatthalteramt இன் முடிவின் பின், பாதுகாப்பு அளவை ஒழுங்குபடுத்தக் கோரி குடிசார் நீதிமன்றத்துக்கு Amtsgericht விண்ணப்பிப்பதற்கு தங்களுக்கு 5 நாள் அவகாசம் இருக்கிறது. அதன் பின் ஆகக்கூடியது 10 நாட்களுக்கு மீண்டுமொருமுறை வெளியேற்ற உத்தரவு நீடிக்கப்படும். ஆலோசனை நிலையங்களின் முகவரிகளை சீறிய நீல அவசர அட்டைகளிலும், பொலிசாரிடமும் நீங்கள் பெற்றுக்கொள்ளலாம்.

TAMILISCH

Siddete Dur!

LIP Luzerner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt

Evde uygulanan Siddete (Wegweisungs- und Betretungsverbot) Evden uzaklastirma- ve Eve giris Yasagi

Evlilikte ve Aile içindeki Siddet Cezaya tabiidir ve şahsi mesele degildir.

Ani Bir Tehlike durumunda derhal Polisi aramaniz gerekiyor: **Acil Arama Numarasi 117**. Luzern Kantonunda Polis Siddet uygulayan Kisiyi oturdugunuz Daireden/Evden uzaklastirabilir vede Eve giris yasagi koyabilir. Siz magdur kisi olarak Cocuklarinizla birlikte Evde kalabilirsiniz. Eger Evden uzaklastirilan kisi Eve giris yasagina uymaz ise, Derhal Polisi aramaniz gerekir, **Notruf 117**. eger kendinizi guvende hisetmiyorsaniz, örneğin Kadın Siginma Evine (Frauenhaus Luzern) böyle gidebilirsiniz: 041 360 70 00.

Polis kendi Rizanizla sizi Magdur danisma merkezine (Opferberatungsstelle) Havale eder. Biz sizlere istemenizi öneriyoruz. Magdur Danisma Merkezi sizlerle Kontak kuracak ve sizlere sonraki Asamalarda da yordimci olacak.

Sorusturma Hakimligi Makami (Amtsstatthalteramt) Evden uzaklastirma uygulamasini inceleyer ve Bunu 10 Güne kadar uzatabilir. Alinan Karar hakinda size bilgi verilecek. Bundan dolayi Polise size ulasabilmesi icin ulasilabilir bir Kontak Adresi ve Telefon Numarasi birakmaniz cok önemlidir. Bu durum özellikle Arkadaslarinizla Akrabalarimizla yada Kadın siginma evine gitmeye karar verdiginizde özellikle gecerlidir. Sorusturma Hakimligi Makami Kararindan sonra Bes Gün Zamaniniz var, Asliye Hukuk (Amtsgericht) Mahkemesin`den Koruma Tedbirlerinin düzenlenmesine hakinda Talepte bulunabilirsiniz. Daha sonra Evden uzaklastirma tedbiri azami 10 Gün süreyle tekrar uzatilir. Danisma merkezlerinin Adreslerini Küçük Mavi Acil yordim Kartlarinda bulabilirsiniz, Veyahut Polisten`de elde edebilirsiniz.

TÜRKISCH

Wichtige Telefonnummern:

Polizeinotruf	117
Sanitätsnotruf, Ambulanz	144
Notfallärztin, Notfallarzt	über Tel. 111
Frauenhaus Luzern	041 360 70 00
Opferberatungsstelle	041 227 40 60

